

Lange Regierungsbank: Ein Kanzler, 13 Minister, sieben Staatssekretäre

Dreierkoalition: Feinschliff beim Programm, SPÖ plagt sich mit Personalpaket

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Die Regierungsbank im Plenarsaal kann mit modularen Zusatzteilen erweitert werden. Das wird nötig sein, denn künftig werden 21 Personen darauf Platz haben müssen. Am Dienstag wurde bekannt, dass die ÖVP zusätzlich zu Kanzler und fünf Ministern drei Staatssekretäre erhält, die SPÖ stellt sechs Minister und drei Staatssekretäre, die Neos erhalten zwei Minister und einen Staatssekretär.

Begründet wird diese massive Aufstockung mit unterschiedlichen Notwendigkeiten: Die Parteichefs brauchen eine Vertretung, manche Ressorts sind zu groß, in anderen sieht man die Notwendigkeit zur Kontrolle. Geplant ist ein Staatssekretär im Kanzleramt, hierfür wird VP-Generalsekretär Alexander Pröll gehandelt, einer im Vizekanzleramt, wo Andreas Babler für Medien, Kultur und Sport zuständig sein dürfte, und ein Neos-Staatssekretär im Außenamt, der für Deregulierung und Außenhandel zuständig sein soll, hierfür wird Sepp Schellhorn genannt.

Kontrollore der anderen Partei

Zusätzlich dürfte im SP-Großressort Soziales und Arbeit ein roter Gesundheitsstaatssekretär angesiedelt werden. Im VP-Wirtschafts- und Energieministerium soll ein weiterer VP-Staatssekretär geplant sein. Zudem drängt die ÖVP auf einen Kontrollor im Finanzministerium, die SPÖ wiederum will einen roten Staatssekretär im Innenministerium, da die ÖVP die Sicherheitsressorts (Inneres und Verteidigung) sonst ganz allein verantworten würde.

Bei der heutigen Nationalrats-sitzung ist die Regierung noch einmal durch die verbliebene Schrupfmannschaft präsent. Verläuft alles plangemäß, dann sollte die neue VP-SP-Neos-Koalition voraussichtlich am Rosenmontag angelobt werden.



Die Regierungsbank muss erweitert werden, damit 21 Personen Platz haben.

Foto: APA/Schlagner

Doch zuletzt gab es auf den letzten Metern noch Unstimmigkeiten. Inhaltlich laufen noch die Abstimmungen, Montagnacht saßen die Parteien bis kurz nach Mitternacht zusammen.

Doch auch beim Personal sind nicht alle Fragen geklärt. Die SPÖ hatte für Dienstagabend ein Parteipräsidium angesetzt, bei dem man das Personalpaket finalisieren wollte. Vor der Sitzung zeichnete sich ab, dass dies nur unter größten Mühen gelingen wird. Zu

groß sind noch die Auffassungsunterschiede. Am Freitag soll es deshalb ein weiteres SP-Präsidium und einen Vorstand geben, um das Regierungsprogramm und die Ministerliste zu beschließen.

Babler versus Hergovich

Offenbar will SP-Chef Andreas Babler den niederösterreichischen SP-Vorsitzenden Sven Hergovich keinesfalls im Regierungsteam haben. Die Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures und mehrere

Länder sollen sich aber für Hergovich als Infrastrukturminister aussprechen. Zuletzt wurde erwogen, dass die frühere SP-Staatssekretärin Muna Duzdar Justizministerin werden könnte. Sie gilt als Anhängerin Bablers und ist wegen eines Postings zu Beginn des Ukraine-Krieges umstritten. Es könnte sein, dass es hier zu Abtuschen unter den Lagern kommt. Zuletzt hieß es, Duzdar könnte stattdessen Medien-Staatssekretärin und Jörg Leichtfried Justizminister werden. In letzterem Bereich könnte es zudem eine Neuerung geben: Gemunkelt wird, dass man sich auf einen Bundesstaatsanwalt geeinigt hat.

Auch bei den Neos hat das öffentlich bekundete Interesse von Neos-Gründer Matthias Strolz am Bildungsministerium Unruhe erzeugt. An der Parteispitze dürfte er keine Unterstützer haben, ob das für die ganze Partei gilt, weiß niemand. Schließlich werden am Sonntag die Neos-Mitglieder über das Regierungsabkommen und das Team abstimmen.

DIE AUFGABEN DER STAATSEKRETÄRE

Ein Staatssekretär hat eingeschränkte Aufgabengebiete: Er ist dem Minister gegenüber weisungsgebunden. Er kann den Minister im Parlament und im Ausland vertreten, kann im Parlament aber keine Erklärung abgeben. Im Ministerrat haben Staatssekretäre ein Rederecht, aber sie dürfen nicht mit abstimmen, erläutert Parlamentaris-

mus-Experte Werner Zögernitz im Gespräch mit den ÖÖNachrichten. Ein Staatssekretär verdient 16.876 Euro, ein Minister 18.752 Euro im Monat.

Unter Bruno Kreisky gab es in der SP-Alleinregierung neun Staatssekretäre. Unter der Führung von Bundeskanzler Karl Nehammer waren es 14 Regierungsmitglieder und vier Staatssekretäre.